

grh Mitteilungen ⁸/₂₄

Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V.

AG Charlottenburg VR 14285 B

Franz-Mehring-Platz 1 ★ 10243 Berlin ★ Telefon: 030 2978 4225 ★ E-Mail: grh-berlin@gmx.de
Internet: www.grh-ev.org ★ Geschäftszeiten: Dienstag und 1. Donnerstag im Monat 09.00 bis 14.00 Uhr
Konto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE53 1009 0000 5788 9000 09 BIC: BEVODEBB
Herausgeber: Der Vorstand ★ V.i.S.d.P. : Hans Bauer

2024 – 75. Jahrestag der Gründung der DDR

Staat des Friedens und des Volkes



Friedensfront statt Heimatfront!

Hans Bauer

Seit Jahrzehnten schmiedet Deutschland an der Heimatfront. Mit *aller Macht* aber seit der „Zeitenwende“. Wer Krieg führen will, braucht ein starkes und sicheres Hinterland. Und natürlich einen Feind. Den gibt es für den deutschen Imperialismus seit mehr als einem Jahrhundert. Im Osten. Russland ist der Feind. Rüstet angeblich zum Angriff gegen Deutschland und die freie westliche Welt.

Um das Volk glaubhaft von dieser „Gefahr“ zu überzeugen, taugt jedes Mittel - Fiktion, Behauptung, Lüge: Raketen auf ein Kinderkrankenhaus, geplante und verübte Mordanschläge, Spionage und Hackerangriffe. Alles Verbrechen des Kreml. Ohne Beweise. Das Arsenal der Erfindungen - neudeutsch Fake News - ist unerschöpflich. Ebenso unerschöpflich die Methoden zur Manipulation. „Von der Wiege bis zur Bahre“ wird das Volk kriegstüchtig gegen den brutalen Feind gemacht. Die gesamte Gesellschaft auf Krieg getrimmt. Neue und schärfere Gesetze, Repressionen und Sanktionen. Ein „Operationsplan Deutschland“ (OPLAN Deu) dient der Umstellung der Infrastruktur auf Krieg. Offensive Propaganda für die Bundeswehr, Verzahnung ziviler und militärischer Einrichtungen, Wiedereinführung der Wehrpflicht, auch für Frauen, sogar Sozialdienst für Rentner bestimmen die Debatte. Alle Bereiche werden auf Rüstung und Krieg orientiert. In Bundesländern, so in Baden Württemberg, sind Themen für eine Schulstunde

konzipiert. Inhalt: Putins Angriff auf den Frieden sowie die bösen Russen. Die Verkehrsinfrastruktur wird nach Maßgabe für Kriegsführung erneuert. Der Gesundheitsminister und Experten fordern Vorbereitung auf den Kriegsfall in Krankenhäusern. Borussia Dortmund wird vom Waffenhersteller Rheinmetall gesponsert... Sechs Heimatschutzregimenter, Heimatschutzkommandos und die Aktivierung von 900 000 Reservisten sind angedacht. Die Innenministerin Faeser plant sogenannte Früherkennungseinheiten. Desinformationen sollen rechtzeitig erkannt und Kritiker bestraft werden. Meinungsdictat ersetzt Meinungsfreiheit. Stets voran die gleichgeschalteten Medien. Auch die Letzten sollen mitgenommen werden. Mit Nachrichten in *einfacher Sprache* in Funk und Fernsehen. Selbst der Antifaschismus hat für den verordneten Gleichschritt herzuhalten: Aufruf und Demonstration „Gemeinsam gegen Rechts“ - Politiker und Volk in einem Boot. Dabei sitzen „die wirklichen Rechtsextremen...in der Regierung“ (Lafontaine). Und die größten Desinformanten sind die Macht- und Rechthaber. Eine weitere Eskalation lassen die jüngsten Beschlüsse der NATO zu den Mittel- und Kurzstreckenraketen befürchten. Mit geplanten Rüstungsausgaben von fast 90 Mrd. € für 2025 (einschließlich der als Sondervermögen getarnten Kriegskredite) dürfte nicht Schluss sein.

Nein, das alles muss ein Ende haben. Wir brauchen weder eine Heimatfront noch eine Kriegsfront. Was wir brauchen, ist eine starke und einheitliche Friedensfront, die über unterschiedliche Auffassungen in Einzelfragen hinweg die Kriegstreiber stoppt. Russland ist nicht unser Feind. Mit den Erfahrungen und in der Tradition der DDR wollen wir in Frieden und Freundschaft mit Russland leben.

Erklärung: Widerstand gegen Meinungsdictat

85 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkrieges und 83 Jahre nach dem Überfall des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion hat die deutsche Regierung Angriffe auf das Territorium der russischen Föderation mit deutschen Waffen freigegeben.

Gegen jegliche historische Verantwortung und politische Vernunft ist Deutschland mit Waffenlieferungen und seiner finanziellen Unterstützung Kiews Teil der US-geführten Kriegsallianz und trägt mit dieser letzten Entscheidung maßgeblich zur weiteren Eskalation des Ukraine-Krieges bei, bis hin zur Gefahr eines atomaren Weltbrandes.

In der Festrede zum 75. Jahrestag der Bundesrepublik kündigte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier schon einmal an, dass man sich auf „raue und härtere Jahre“ einstellen müsse. Die jährlichen Ausgaben für die „Verteidigung“ werden exorbitant steigen. Weitere Kriegskredite, verbrämt als „Sondervermögen“ wird das Kriegsparlament auf Kosten sozialer und anderer Leistungen mit überwältigender Mehrheit bewilligen. Die Rüstungsindustrie wird mit unseren Steuergeldern weiter wachsen und horrende Profite erzielen.

Ein solcher Kriegskurs verlangt eine stabile Heimatfront. Wir sollen „kriegstüchtig“ gemacht werden! Das heißt, wir sollen der „Staatsräson des Krieges gegen Russland“ kritiklos und willig folgen. Um das zu erreichen, werden die im Grundgesetz Deutschlands garantierten fundamentalen Grund- und Menschenrechte faktisch außer Kraft gesetzt, so die für eine demokratische Gesellschaft unverzichtbare Informations-, Presse- und Meinungsfreiheit. Die notwendige gesellschaftliche Auseinandersetzung über eine Politik der Verständigung und des Friedens zum Wohle der Menschen wird in unserem Land reglementiert und unterdrückt. Die Medien als vierte Gewalt im Staat haben sich ihrer Kontrollfunktion entledigt und stattdessen in den Dienst der herrschenden Politik gestellt. Mit beispielloser Kriegspropaganda und

antirussischer Hysterie wird die Bevölkerung getäuscht und irreführt.

Wer der offiziellen Staatsvorgabe nicht folgt, hat mit persönlichen und beruflichen Konsequenzen zu rechnen. Diffamierung, Diskriminierung, Ausgrenzung, Sanktionen, alle Mittel des Staates werden eingesetzt. Die Leitmedien, neue und verschärfte Gesetze, restriktive Auflagen für Versammlungen und Demonstrationen, exzessive Polizeigewalt und geheimdienstliche Maßnahmen sowie eine abhängige Justiz dienen dazu, die Bevölkerung zu manipulieren, einzuschüchtern und folgsam zu machen.

Unzählige Bürgerinnen und Bürger unterliegen bereits der Strafverfolgung, weil sie zu den Konflikten in der Ukraine und im Nahen Osten nicht staatskonformer Meinung sind.

Weitere den Überwachungs-, Repressions-, Zwangs- und Sanktionscharakter des Staates verschärfende Maßnahmen sind in Vorbereitung.
Dem widersetzen wir uns!

Wir nehmen die historische Verantwortung Deutschlands für zwei Weltkriege im 20. Jahrhundert und die daraus erwachsene Verpflichtung Deutschlands für Frieden und Demokratie ernst.

Es gilt, das im Grundgesetz verankerte Friedensgebot zu verwirklichen und elementare Grundrechte nicht anzutasten bzw. wieder herzustellen.

Für die Initiative „Meinungsfreiheit verteidigen“

Laura Fr. v. Wimmersperg und Hans Bauer, Rechtsanwalt – Berlin im Juli 2024

Solidarität mit der jungen Welt

Das Urteil des Verwaltungsgerichts gegen die JW bestätigt erneut die massive Einschränkung der Meinungsfreiheit. Und das, obwohl die Pressefreiheit nach dem GG besonders geschützt ist. Unsere feste Solidarität gilt der JW, die druckt, wie sie lügen.

Aus UZ vom 21. Juli 2024

„Die Grundrechte sind im Visier. Die Zerstörung demokratischer Grundrechte wird durch die Ampelregierung und CDU/CSU vorangetrieben. Innenministerin Faeser legt die Axt an die Pressefreiheit. Das kommt zum Ausdruck in dem skandalösen Urteil gegen die marxistische

Tageszeitung „junge Welt“, dazu gehört aber auch die Instrumentalisierung des Vereinsrechts zum Verbot des Magazins „Compact“. Das Verbot dieser Zeitschrift dient nicht dem Kampf gegen rechts. Es ist ein Angriff auf die Pressefreiheit. Wir wissen, dass sich solche Angriffe morgen gegen fortschrittliche Publikationen richten werden – und das auch ihr Zweck ist“.

EU-Empörung über Orbáns Alleingänge

Raimon Brete, TAG Chemnitz, redaktionell ergänzt
In Europa tobt seit zweieinhalb Jahren ein Krieg, den schon hunderttausende Menschen mit ihren Leben bezahlt haben! Endlich ergreift der amtierende EU-Ratspräsident Viktor Orbán die Initiative, den existenziell gefährlichen Konflikt für ganz Europa und die Welt entschärfen zu wollen.

Zuerst reist er nach Kiew, um anschließend mit der kriegsbeteiligten Gegenpartei in Moskau Kontakt aufzunehmen. Und dann besucht er auch noch den Staatspräsidenten Chinas und spricht mit dem US-Präsidentschaftskandidaten Trump.

Das ist genau das, was man von der EU als Friedensnobelpreisträgerin erwarten darf, wenn sie denn ihren eigenen wertedefinierten Ansprüchen gerecht werden will. Plötzlich ist da die Hoffnung, dass die Diplomatie wieder das Gewicht erhält, was für die erfolgreiche Gestaltung internationaler Beziehungen notwendig ist. Und was passiert? Völlig unverständlich erhebt sich in Brüssel, Berlin und anderswo nahezu ein Geschrei und Distanzierungsverhalten christ-, liberal- und sozialpolitischer Mandatsträger, bei dem sich die Grünen noch besonders hervortun, um die auf einen Waffenstillstand orientierte Initiative zu delegitimieren. Heuchlerischer kann man nicht handeln. Dabei geht es um den ersten ernsthaften Versuch aus dem Westen, dem Sterben und Leiden von Kindern, Frauen und Männern ein Ende bereiten zu wollen. Es wäre nur zu wünschen, dass neben dem slowakischen Ministerpräsidenten Robert Fico auch weitere Politikerinnen und Politiker in Europa, aber auch der USA, auf friedenspolitische diplomatische Aktivitäten setzen und sie unterstützen würden.

Ukraine sanktioniert Ungarn und Slowakei - EU schweigt

Aus einem Beitrag von Gert Ewen Ungar am 23. Juli 2024 in RTDE

Die Ukraine hat Ungarn und der Slowakei den

Ölhahn zugekehrt. Die wirtschaftlichen Auswirkungen sind für beide Länder enorm, die Ukraine bricht damit zudem ihre Verpflichtungen aus dem EU-Assoziierungsabkommen. Brisant: Die EU schaut bisher tatenlos zu, die deutschen Medien berichten nicht.

Es ist ein für die Ukraine typischer Schachzug voller Bauernschläue: Man sanktioniert einen russischen Mineralölkonzern und trifft damit – ganz zufällig, versteht sich – Ungarn und die Slowakei empfindlich. Beide Länder sind auf russisches Pipeline-Öl angewiesen, für sie steht wirtschaftlich viel auf dem Spiel. Und beide Länder setzen sich zudem für Friedensverhandlungen ein. So ein Zufall aber auch.

Sowohl das politische Establishment in der Ukraine unter Führung von Machthaber Wladimir Selenskij als auch die EU sind gegen eine Verhandlungslösung im Ukraine-Konflikt. Sie setzen alles auf einen Sieg über Russland und damit auf die Verlängerung des Kriegs zulasten der Ukraine und ihrer Bevölkerung. Dabei nimmt sowohl Selenskij als auch die EU sowie die Mehrheit ihrer Mitgliedstaaten die vollständige Zerstörung der Ukraine und die Auslöschung einer ganzen Generation von ukrainischen Männern billigend in Kauf.

In diesem Willen zur Eskalation und zum Krieg liegt auch der Grund, warum die EU bisher zur Sanktionierung zweier Mitgliedsländer der EU durch das Nicht-EU-Land Ukraine schweigt. Die EU toleriert, dass die Ukraine gegen das EU-Assoziierungsabkommen verstößt und sich aggressiv gegen zwei ihrer Mitgliedstaaten richtet. Die Medien des deutschen Mainstreams schweigen sich zur brisanten Angelegenheit weitgehend aus. Dabei ist sie von hohem nachrichtlichem Wert, denn sie hat das Potenzial, die EU zu spalten und das Vertrauen in ihre Institutionen nachhaltig zu erschüttern.

Der Hintergrund: Die Ukraine hat die Sanktionen gegen den Ölkonzern Lukoil ausgeweitet und die Durchleitung durch die Druschba-Pipeline in Richtung Ungarn und in die Slowakei unterbunden...

Lukoil ist gar nicht das eigentliche Ziel, sondern nur das Mittel. Genau das ist hier der Fall. Ziel der ukrainischen Sanktionen sind Ungarn und die

Slowakei. Beide scheren aus der Kriegsraserei der EU und der EU-Staaten aus. Insbesondere Ungarn setzt sich für Friedensverhandlungen ein...

Doch statt sich schützend vor die Mitgliedstaaten zu stellen, reagiert der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell mit einer Boykottankündigung. Zu der aggressiven Maßnahme der Ukraine gegen Ungarn und die Slowakei schweigt er ebenso wie die Außenminister der restlichen EU-Staaten.

Dass die Ukraine zur Stolperfalle für die EU werden wird, die dem Staatenbündnis letztlich auch den Hals brechen könnte, wird seit Langem eingeräumt. Der aktuelle Vorgang macht deutlich, wie sehr diese Prophezeiung dabei ist, Wirklichkeit zu werden. Das Staatenbündnis positioniert sich gegen die eigenen Mitgliedsstaaten und nimmt den Verstoß gegen die Verpflichtungen einfach hin, die sich aus der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens für die Ukraine ergeben. Politik steht über Recht und Vertrag, in Brüssel ist die reine Willkür an der Macht.

Der Vorstand gratuliert sehr herzlich allen Geburtstagskindern im Monat August und wünscht ihnen beste Gesundheit, viel Glück und ein weiterhin erfülltes Leben. Unser besonderer Gruß gilt den folgenden Jubilaren:

zum 94. Geburtstag

Jürgen Mai, Halle

zum 92. Geburtstag

Klaus-Dieter Albrecht, Königs Wusterhausen

Hans Hörath, Frankfurt/Oder

zum 90. Geburtstag

Günther Hoppe, Cottbus

Jutta Wätzig, Dresden

zum 85. Geburtstag

Hanna Richter, Berlin

Manfred Wilde, Königs Wusterhausen

Paul Sonnert, Berlin

zum 80. Geburtstag

Jürgen Fünfstück, Berlin

zum 70. Geburtstag

Klaus Hartmann, Offenbach a.M.

Bodo Knorr, Berlin

Peter Jurkutat, Wriezen

Dieter Thiessen, Berlin

Buchempfehlung

Im August 2024 erscheint bei edition ost

Hans Reichelt

Umweltpolitik in der DDR

Eine Dokumentation

ca. 288 Seiten, Preis: ca. 22,00 €

ISBN 978-3-360-02819-8

Beim Stichwort „Umweltpolitik der DDR“ denkt man sofort an Bitterfeld, rauchende Braunkohlen-Schlote und qualmende Zweitaktmotoren. Das stimmt, ist aber nicht die ganze Wahrheit. Bereits in den sechziger Jahren beschäftigte man sich mit dem Schutz der Umwelt und mit geschlossenen Stoffkreisläufen in der Wirtschaft. Sekundärrohstoffe wurden systematisch erfasst und verwertet, Öl wurde nicht verbrannt, sondern für andere nützliche Dinge eingesetzt. Der einstige Umweltminister der DDR Hans Reichelt (nach 1993 mehrere Jahre Vorsitzender der GRH) dokumentiert sachlich und ausschließlich auf Fakten beruhend, welche ökologisch nachhaltigen Entwicklungen vorangetrieben wurden und wie die Intentionen an ihre Grenzen stießen.

Entstanden ist ein kompetenter Überblick, wie er so bislang noch nicht vorliegt. Er ist gleichsam die Schlussbilanz der DDR-Umweltpolitik.

Das Buch entstand unter Mitarbeit von Karl-Heinz Zwirnmann, studierter und promovierter Wasserwirtschaftler, Vizeminister und Direktor des Instituts für Wasserwirtschaft.

Wir trauern um unser verstorbenes Mitglied

Alfred Limbach aus Chemnitz

Er verstarb am 17. Juli 2024

im Alter von 93 Jahren

**Unser Mitgefühl gilt allen
Hinterbliebenen
Der Vorstand, TAG Chemnitz**